Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 27. November 1926 — Nummer 265

Schmutz im Reichstag

Das Ausnahmegesetz gegen die kommunistische Presse wird durchgepeitscht — Ein Vorstoß reaktionären Muckertums

Külz leugnet die Vaterschaft!

Berlin, 27. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

In der gestrigen Reichstagssitzung hielt der Reichsinnenminister Külz eine provozierende Rede zu dem Schund- und Schmutzgesetz. Er leugnete die Vaterschaft des Gesetzes, die er dem Deutschnationalen Schiele zusprach. Dann führte er eine Reihe monarchistischer und kirchlicher Verbände auf, die das Schandgesetz verlangten und deren Forderungen entsprochen werden müsse. Er behauptete, daß die Zusammensetzung der Landesprüfstellen die Gewähr dafür bieten werden, daß kein Mißbrauch mit dem Gesetz vorkomme (Zurufe: Potemkin!) Külz verteidigte die Landesprüfstellen und wendet sich gegen jenen Abänderungsantrag, der anstatt der Landesprüfstellen eine Reichsprüfstelle verlangt. Angesichts der Opposition erklärte Külz in seinem Schlußwort, daß das Gesetz für die Regierung keine Kabinettsfrage sei. Daraufhin erklärte der Staatssekretär Weißmann im Namen der preußischen Regierung, daß Preußen gegen das Gesetz in der vorliegenden Form sei. Die Proteste hätten die preußische Regierung veranlaßt, eine Nachprüfung vorzunehmen und die Zustimmung, die im Reichsrat bereits ausgesprochen wurde, zurückzunehmen. Der Sozialdemokrat Schreck verlangte Zurückverweisung des Gesetzes an den Ausschuß. Im übrigen plädierte er für mildernde Umstände für Külz. Der deutschnationale Redner, die Zentrumsrednerin und Redner der Deutschen Volkspartei sprachen für das Gesetz. Genosse Rosenbaum, der für die Kommunistische Partei sprach, erklärte u. a.: Es ist ganz klar, Reichstagsmehrheit und Reichsregierung wollen keinen Kampf gegen den Schund- und Schmutz. Das neue Schund- und Schmutzgesetz ist lediglich eine Generaloffensive gegen alle revolutionären Schriften, wobei man den Kampf auf alle freiheitlich gerichteten Schriften ausdehnen will. Der Innenminister Külz denkt dabei gleichzeitig an eine Entlastung seines Kollegen Hell, des Justizministers. Bisher wurde der Kampf gegen die fortschrittliche Literatur nur durch die Klassenjustiz geführt, jetzt wird das Schund- und Schmutzgesetz auf den Plan treten. Die Freunde des Gesetzes kann man nur bekämpfen durch den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft. Die Kommunistische Partei wird die Schriftsteller, Künstler und Dichter um sich sammeln nicht nur unter der Parole: In die Wolfsschlucht mit dem Schund- und Schmutzgesetz, sondern auch mit dem Ruf:

In die Wolfsschlucht mit Minister Külz!

*

In der gestrigen Sitzung des Reichstages erfolgte die zweite Lesung des Schund- und Schmutzgesetzes. So groß die Erregung darüber in der Oeffentlichkeit ist, so leicht und inhaltlos plätscherte das geschundene Schmutzbächlein in den Reichstag. Die bürgerlichen Parteien scheinen sich schon einig und damit die Annahme des Gesetzes gesichert. Den Reden der Befürworter des Gesetzes fehlt aus diesem Grunde jeder Schwung und jede Ueberzeugungskraft. Das Interesse im Sitzungssaale und auf den Tribünen belebt sich nur, wenn die Kommunisten durch ihre Anträge den politischen und den Klassencharakter des Gesetzes betonen und die Zwiegespräche im Sitzungssaal und auf den Tribünen hören erst auf bei der Rede des Genossen Rosenbaum.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte eine bezeichnende Abstimmung. Die Kommunisten hatten beantragt, die Redezeit von ½ Stunde auf 1 Stunde zu verlängern. Mit zwei Drittel Mehrheit wurde dieser Antrag abgelehnt. Als Vertreter seiner Mißgeburt nahm darauf der „Antischundminister" Külz das Wort, von den Kommunisten empfangen mit dem Zuruf: „Der Normalmensch". Külz leugnete die Vaterschaft des Gesetzes, wandte sich gegen Abänderungsanträge und erklärte, daß das Schmutzgesetz von allen Parteien gefordert worden sei. Nach ihm kam der Vertreter der christlichen Jünglings- und Jungfrauenvereine, der deutschnationale Pfarrer Mumm zu Wort. Er hielt eine lange Predigt, die die Güte und Notwendigkeit der christlichen Jugendfürsorge beweisen sollte. Von den Kommunisten wurde er mit den Zwischenrufen „Muckerbund, Dornwacker" oft unterbrochen. Er behauptete, das Gesetz sei im Interesse der deutschen Kunst notwendig. (Oho auf der Tribüne.) Eine Definition für Schund und Schmutz ließe sich nicht geben. (Na also!) Nur von kommunistischer Meute oder von jüdischer Verderbtheit könne das Gesetz bekämpft werden. (!!!) (Zuruf Höllein: Ihr Arschlochgucker müßt auch noch Antisemiten werden.)

Der sozialdemokratische Redner Schreck ließ für Külz mildernde Umstände gelten, da er das Gesetz nicht selber gemacht habe. In der Praxis sei kein Schutzgesetz, sondern ein Polizeigesetz aber schlimmster Art zu erwarten. Für das Zentrum erklärte Frau Weber, daß sich für dieses Gesetz Christentum und Nationalität zusammenfinden müßte. (Zuruf: Und Dunkelmänner und Dunkelfrauen. Amen!) Für die Deutsche Volkspartei verzweifelt Dr. Runkel an dem Kulturniveau dieses „hohen Hauses". Unter großer Aufmerksamkeit des ganzen Hauses und unter starker Anteilnahme der Tribünen begründete dann

Genosse Rosenbaum

den Standpunkt der kommunistischen Fraktion. Die zahlreich anwesenden Schriftsteller und Künstler gaben während der Rede des Genossen Rosenbaum des öfteren ihren Beifall kund und nur mit Mühe und Dazwischentreten anderer namhafter Künstler wurde die Genossin Berta Lask vor dem Hinauswurf durch die Saalpolizei bewahrt. Der kommunistische Redner erklärte: Die bürgerlichen Parteien wollen die Wahrheit über das Schund- und Schmutzgesetz nicht hören. Deshalb die Beschränkung der Redezeit. In Wirklichkeit denken die bürgerlichen Parteien gar nicht an den Kampf gegen Schund und Schmutz. Wir sehen im Gegenteil eine großzügige amtliche Förderung von Schund und Schmutz. Die preußische Regierung hat kürzlich auf der großen Polizeiausstellung verbotene Zeichnungen ausgestellt, die mehr als Kitsch sind. Ist es vielleicht kein Schund oder Schmutz, wenn Angerstein's blutbesudelter Anzug ausgestellt wurde. Oder nennt man das etwa polizeiliche Kunst und Wissenschaft. (Zuruf der Kommunisten: Schweinerei.) Auch Haarmanns Mörderwerkstatt im verkleinerten Format war zu sehen. Die Schmockpresse brachte davon begeisterte Schilderungen. Die geschlossene Polizeiausstellung gab einen Vorgeschmack für die Handhabung des neuen Schund- und Schmutzgesetzes.

Es zeigte sich, daß, wenn Polizeigehirne Kunst zensieren wollen, gute wertvolle Bilder als Schund und Schmutz bezeichnet werden, während der übelste Schund polizeilich empfohlen wird.

Der Genosse Rosenbaum brachte eine Anzahl Belege für die Verbote wertvoller Gemälde bedeutendster Künstler und zeigte zugleich, wie in der bürgerlichen Presse und sonstigen Druckerzeugnissen der übelste Schmutz betrieben wird. Das neue Schund- und Schmutzgesetz ist lediglich eine Generaloffensive gegen alle revolutionären Schriftsteller, wobei man den Kampf auf alle freiheitlich gerichtete Literatur ausdehnen wird. Bisher wurde der Kampf gegen die fortschrittliche Literatur nur durch die Klassenjustiz geführt, jetzt soll noch das Schund- und Schmutzgesetz auf den Plan treten. Genosse Rosenbaum verweist auf die Verbote der Werke bekannter moderner Dichter. Die Beispiele beweisen, daß sich das kommende Schund- und Schmutzgesetz nur gegen revolutionäre Schriften und Dichtungen richten wird. Die Erzeuger und Verbreiter der wirklichen Schund- und Schmutzliteratur ist die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands, die „Berliner Morgenpost", der „Lokalanzeiger", die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die „Deutsche Zeitung", und auch das Zentrum mit seiner „Germania" ist unter Schund- und Schmutzverlegern vertreten. Wenn Herr Külz den Kampf gegen Schund und Schmutz führen will, braucht er nur bei der bürgerlichen Presse anzufangen. Schund und Schmutz sind die typischen Kennzeichen der verfaulenden kapitalistischen Gesellschaft. Der Kampf der bürgerlichen Parteien gegen Schund und Schmutz ist Heuchelei. Sie wollen nur den Fortschritt töten, der über die heutige kapitalistische Gesellschaft hinaus den Weg ins Freie zeigt. Die Dichter, Schriftsteller und Künstler wissen das sehr gut. Sie stehen deshalb geschlossen an der Seite der Kommunisten gegen die Külzerei. Schund- und Schmutzliteratur kann man nur bekämpfen durch Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft. Die Kommunistische Partei proklamiert und führt diesen Kampf. Sie wird die Schriftsteller, Künstler und Dichter um sich sammeln, nicht nur unter der Parole: Fort mit dem Schund- und Schmutzgesetz, sondern auch mit dem Rufe:

Fort mit Külz!

Um Max Hölz

Der Staatsanwalt will Friehe verhaften

Die Polizei unternahm bei dem Bergarbeiter Friehe eine Haussuchung. Sie gab an, den Auftrag zu haben, Friehe, der sich bekanntlich bezichtigt hat, Heß erschossen zu haben zu verhaften. Dieses Vorgehen des Staatsanwaltes zeigt, daß dieser die Absicht hat, Hölz festzuhalten und Friehe auch noch einzusperren. Diese Absicht muß verhindert werden. Friehe hat nicht die Absicht zu fliehen, er will vor dem Amnestieausschuß vernommen werden. Dieses aber will man verhindern. Der Kronzeuge gegen die Justiz soll unschädlich gemacht werden.

*

Im Preußischen Landtag fand eine gutbesuchte Versammlung von Künstlern, Schriftstellern und Gelehrten statt. Professor Halle und Rechtsanwalt Dr. Apfel berichteten über den Stand der Angelegenheit Hölz. Es wurde neues Material für die Unschuld von Hölz vorgetragen. Es wurde ein vorbereitendes Komitee für die Freilassung von Max Hölz gebildet.

Das Komitee besteht aus: Helmut von Gerlach, Emanuel Lasker, Egon Erwin Kisch, Gertrud Eysold, Erich Lübbe.

Vor Vertretern der Presse fand abends eine Wiederholung des Vortrages statt. Die Fehler des Sondergerichts wurden klargelegt. Die Aussagen des Hauptbelastungszeugen Uebe, der seine Aussagen aus dem ersten Prozeß widerruft, ebenso die Aussagen der Frau Heß, werden vorgelegt.

Dr. Apfel und Dr. Alsberg werden die Verteidigung führen. Beide Juristen gehören zu bürgerlichen Parteien. Ihre Ausführungen riefen tiefen Eindruck hervor.

Auslandswochenschau

Die sogenannte Umgestaltung des britischen Reiches. — Stresemanns Schwierigkeiten. — Französische oder englische Orientierung der deutschen Außenpolitik. — Die ewige Militärkontrolle.

A. R. Die britische Reichskonferenz in London endigte mit einer großen Sensation: mit dem einstimmigen Beschluß zur Umgestaltung des britischen Weltreiches. Die trotzigen Löwen des Separatismus aus Südafrika und Irland wurden plötzlich sanfte Lämmer und alles einigte sich zu einer Huldigung für seine Majestät den König von England. Nach allen Kränkungen, die der Bergarbeiterstreik im letzten Halbjahre dem britischen Spießbürger verursacht hatte, war der Abschluß der Reichskonferenz eine wahre Erlösung. Die dienstwilligen Bewunderer englischer Staatskunst in der deutschen Presse haben nicht unterlassen, in inbrünstigen Artikeln die Weisheit der britischen Reichsleitung anzubeten. Man behauptet: ein ganz großes weltgeschichtliches Ereignis hat sich vollzogen. Im britischen Reich ist jetzt die Vorherrschaft Englands abgeschafft, das britische Imperium (Weltreich) ist jetzt eine Gemeinschaft gleichberechtigter Nationen geworden. In Wirklichkeit hat die Reichskonferenz nicht im entferntesten das gebracht, was die große Reklame ankündigte. Die realen Verhältnisse im britischen Weltreich sind durch die jetzt abgeschlossene Londoner Konferenz nicht geändert worden. Bisher hat England eine direkte Herrschaft nur über Indien und die übrigen Kolonien mit farbiger Bevölkerung ausgeübt. Daran hat sich nichts geändert. Ebenso waren die sogenannten Dominions: Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Irland politisch England gleichberechtigt. Darum hat sich auch nichts geändert. Die radikalen Politiker in den Dominions haben in den letzten Jahren nicht etwa die Gleichberechtigung mit England angestrebt, denn diese hatten sie schon, sondern ihr Ziel war die völlige Abtrennung vom britischen Reich. Gegenüber den separatistischen Vorstößen war auf der letzten Konferenz die Stellung der englischen Regierung schwach. Dazu hat vor allem die ungeheure Erschütterung der Autorität Englands beigetragen, die sich durch den Bergarbeiterstreik ergab. Da kamen Baldwin und Chamberlain auf den Gedanken, durch eine Scheinkonzession zunächst die Separatisten zu befriedigen. Man schaffte die letzten Formalitäten ab, in denen noch eine Unterordnung der Dominions unter England zum Ausdruck kam. Vor allem das formelle Aufsichtsrecht der englischen Regierung über die Gesetzgebung in Kanada usw. Der britische König soll von jetzt an in derselben Weise der Monarch von Kanada und Australien sein, wie von England selbst. Das einzige Band, das die gleichberechtigten Einzelstaaten des Reiches zusammenhält, soll die Personalunion durch die Person des Königs sein. Das ist aber in der Sache nichts Neues. Das wirkliche Band, das ein Auseinanderfallen des britischen Reiches verhindert, ist freilich nicht der armselige König, sondern es sind die gemeinsamen kapitalistischen Interessen, vor allem durch die englischen Kapitalanlagen in den überseeischen Gebieten. Der Zusammenbruch des britischen Reiches wird dann auf der Tagesordnung stehen, wenn in all den Ländern der Einfluß der Londoner Börse durch die Neuyorker Börse beseitigt wird. In Kanada fehlt dazu schon nicht viel. Die Reichskonferenz ist höchstens als ein Waffenstillstand zwischen der britischen Regierung und den überseeischen Separatisten zu werten. Keines der Probleme ist aus der Welt geschafft, die bisher im britischen Reich vorhanden waren.

Die Situation der deutschen Außenpolitik hat sich in den letzten Wochen durchaus nicht gebessert. Das zeigte auch die große außenpolitische Aussprache im Reichstage. Stresemann hatte parteitaktisch dadurch eine gute Position, daß die Regierungsparteien nebst SPD fest zu ihm standen, während die Deutschnationalen ihre Opposition merklich dämpften. Aber Stresemann konnte nur die innerpolitische Situation für sich ausnützen. Der Wettlauf der SPD und der Deutschnationalen um die Ministersessel erleichterte ihm das Leben. In der Sache war die Ausbeute von Thoiry, die Stresemann dem Reichstage vorlegen konnte, überaus mager. Eine feste Orientierung der deutschen Außenpolitik ist zur Zeit gar nicht vorhanden. Die deutschen großkapitalistischen Interessen weisen auf der einen Seite nach Frankreich, auf der anderen aber nach England. Der frankosenfreundliche Einfluß der Eisen- und Kaliindustrie wird durch die Macht des Farbentrustes ausgeglichen, der in England und Amerika Anlehnung sucht. Die außenpolitische Aktivität des Farbentrusts ist in letzter Zeit immer stärker hervorgetreten. So hat die englische Orientierung in der deutschen Bourgeoisie wieder starke Fürsprecher gefunden, so wird die Politik einer deutsch-französischen Bündnisses vereitelt. Der Grundgedanke von Thoiry war die Bildung eines festen französisch-deutschen Blocks auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Der Abschluß des Stahlpakts ist ohne Zweifel ein wichtiges Teilresultat, aber die große Blockbildung ist damit noch lange nicht gelungen. Dazu ist die englische Gegenwirkung viel zu stark. Die Franzosen rächen sich dadurch, daß sie jedes weitere Zugeständnis an Deutschland hartnäckig verweigern. Die Rheinlandbesatzung bleibt, vom frühzeitiger Rückgabe des Saargebietes ist keine Rede mehr, ja, sogar die Militärkontrolle über Deutschland soll nicht aufgehoben werden.

Der neue deutsche Imperialismus hat zwar sehr starke wirtschaftliche Kräfte in seinen Trusts und Kartellen, die nach internationaler Verbindung drängen, aber militärisch ist Deutsch-